Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Anzeiger

für

Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Lugau, Hermsdorf, Bernsdorf,
Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf, Rußdorf, Wüstenbrand, Grüna, Mittelbach, Ursprung, Erlbach, Kirchberg, Pleißa, Reichenbach, Callenberg, Tirschheim, Kuhschnappel, Grumbach, St. Egydien, Hüttengrund u. s. w.

Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeinde-Verwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Erscheint
jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und kostet durch die Austräger pro Quartal Mk. 1 55 durch die Post Mk. 1,92 frei in's Haus.

Inserate
nehmen außer der Expedition auch die Austräger auf dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Nr. 68. **Freitag, den 22. März 1907.** **57. Jahrgang.**

Bekanntmachung.

Nachdem die Ergebnisse der diesjährigen Einkommen- und Ergänzungssteuereinschätzung den hiesigen Beitragspflichtigen bekannt gemacht worden sind, werden alle diejenigen, welche eine Zuschrift nicht erhielten, aufgefordert, sich wegen Mitteilung der Einschätzungsergebnisse bei der hiesigen Ortssteuereinnahme zu melden.

Gersdorf Bez. Chemnitz, den 20. März 1907.

Der Gemeindevorstand.
Göhler.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 20. März.

23. Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht die **definitive Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten** für die Dauer der Session. Eine Akklamationswahl wird von keiner Seite beantragt; die Wahl erfolgt also durch Stimmzettel.

Für die Wahl des **ersten Präsidenten** werden abgegeben: 325 Stimmzettel, davon lauten 192 auf den Grafen Stolberg, je einer auf Schwabach und Ortel, 131 Zettel sind unbeschrieben.

Graf Stolberg ist somit wiedergewählt. Graf Stolberg erklärt, die Wahl anzunehmen. Er dankt für das Vertrauen, das ihm abermals bewiesen worden sei und nimmt bezug auf das, was er bei seiner ersten Wahl gesagt hat. (Beifall.)

Bei der Wahl des **ersten Vizepräsidenten** werden abgegeben 279 Stimmzettel. Davon lauten auf **Dr. Paasche** 191, 80 Zettel sind unbeschrieben, außerdem 8 zersplittert. Abg. Dr. Paasche nimmt gleichfalls die Wahl mit Dank an.

Bei der Wahl des **zweiten Vizepräsidenten** wurden 318 Stimmzettel abgegeben, wovon 124 unbeschrieben waren. 180 lauten auf den Abgeordneten **Kaempf**, der somit wiedergewählt ist und die Wahl dankend annimmt.

Es folgt die zweite Beratung des **Not-Etats für die Schutzgebiete** pro April/Mai dieses Jahres. Die Vorlage gestattet für diese Monate die Verausgabung von je ein Zwölftel der im Etat pro 1906 festgestellten Summe einschließlich der nachbewilligten. Die Budgetkommission hat auf Antrag Semlers hinzugefügt, „soweit die pro 1907 geforderten Titelsummen niedriger sind, als die pro 1905, sollen nur je ein Zwölftel der niedrigeren Summen verausgabt werden dürfen. Auch seien Neubauten nicht vor Bewilligung des Hauptetats in Angriff zu nehmen."

Unterstaatssekretär **Twele** erklärt diesen Zusatzantrag für überflüssig, unter Umständen sogar schädlich und bittet denselben abzulehnen. Der Antrag gehe von der Voraussetzung aus, es könnte sonst für die zwei Monate vielleicht mehr ausgegeben werden, als der Etat für dieselben Zwecke für das ganze Jahr auswerfe. An sich sei diese Auffassung richtig, aber dieser Not-Etat für die Schutzgebiete sage in dieser Hinsicht nichts anderes, als der Not-Hauptetat. Es sei eine notwendige Konsequenz des Etatrechts, daß trotz dieses Not-Etats in der Fassung der Vorlage doch nicht mehr ausgegeben werden dürfe, als der ordentliche Etat auswerfe. Werde mehr ausgegeben, so bedürfe die betreffende Ausgabe als Etatüberschreitung der nachträglichen Bewilligung und des Nachweises ihrer Notwendigkeit.

Abg. **Pachnicke** (freis. Ver.) stellt fest, daß sich nach dieser Erklärung die Ansichten des Hauses und der Regierung decken. Seine Freunde stimmten für unveränderte Wiederherstellung der Vorlage.

Nachdem noch Abg. **Spahn** (Zentr.), **v. Richthofen** (kons.) und **Singer** (Soz.) namens ihrer Freunde erklärt haben, auf den Zusatzantrag der Kommission kein Gewicht mehr zu legen, wird der Zusatzantrag einmütig fallen gelassen und die Vorlage unverändert genehmigt.

Es folgt die dritte Beratung des **Haupt-Notetats** für April und Mai 1907. Auf Antrag der Blockparteien wird die bei der zweiten Lesung gestrichene Forderung für Erwerb des Grundstücks in der Französischen Straße in Berlin für Postzwecke genehmigt und im übrigen die Vorlage in der Fassung der zweiten Lesung definitiv genehmigt.

Die Vorlage betreffend den **Kontingentfuß für landwirtschaftliche Brennereien** wird in zweiter Lesung angenommen.

Auf der Tagesordnung stehen dann noch die Interpellationen über das **Grubenunglück** in **Klein-Rosseln** (Lothringen).

Staatssekretär **Graf Posadowsky** erklärt, daß er die Interpellation beantworten werde, aber erst nach einigen Tagen, da die Hinzuziehung eines technischen Beamten erforderlich sei, der jetzt in Lothringen weile. Damit ist dieser Gegenstand erledigt, die Tagesordnung erschöpft.

Präsident **Graf Stolberg**: Eine Nachricht in der Presse, daß die Polizei eine Versammlung, die im Reichstage stattgefunden, für anmeldepflichtig gehalten habe, hat mich veranlaßt, die Angelegenheit beim Reichskanzler zur Sprache zu bringen. Der Reichskanzler sagte zu, die Sache zu prüfen und mir dann Mitteilung zu machen. Diese Mitteilung ist mir soeben zugegangen. Der Reichskanzler schreibt: „Die Nachricht, daß die Polizei ein Einschreiten des Staatsanwalts beantragt habe, oder daß letztere Behörde eingeschritten sei, ist unzutreffend. Allerdings hat die Polizei Erwägungen darüber angestellt, ob es sich um eine Versammlung gehandelt habe, die nach den Bestimmungen des preußischen Vereins- und Versammlungsrechts anzumelden gewesen wäre. Sollte die Angelegenheit nicht ohnehin schon als erledigt zu betrachten sein, so wird die Polizei Eure Exzellenz vorher von dem Stande der Angelegenheit in Kenntnis setzen." Damit halte ich, meine Herren, den Gegenstand für erledigt. (Beifall.)

Der Präsident beraumt nunmehr um 4 Uhr 10 Minuten die nächste Sitzung an auf 4½ Uhr zur Erledigung der dritten Lesungen des Brausteuer-Vertrags mit Luxemburg, des Notetats für die Schutzgebiete und die Vorlage über den Brennerei-Kontingentfuß.

Gegen 4¾ Uhr wird die **neue Sitzung** eröffnet. Ohne jede Debatte werden vorstehende drei Lesungen in fünf Minuten erledigt.

Schluß nach 4¾ Uhr. — Nächste Sitzung: 10. April, 2 Uhr: Gebührentarif für den Kaiser-Wilhelm-Kanal, zweite Lesung des Etats, und zwar Etat des Reichsamts des Innern.

Aus dem Reiche.

König Friedrich August auf der Rückreise.

Der König ist gestern mittag im strengsten Inkognito in Biarritz eingetroffen und nach Paris weitergereist.

Altenburger Landtagswahlen.

Bei den Landtagswahlen sind in sämtlichen ländlichen Wahlkreisen die sozialdemokratischen Kandidaten unterlegen. Auch die Linksliberalen sind unterlegen. Es wurden nur die Kandidaten der Nationalliberalen und Konservativen gewählt.

Ein Reichs-Apothekengesetz.

Das Reichsamt des Innern hat jetzt den vorläufigen Entwurf eines Reichsapothekengesetzes publiziert, um darüber die öffentliche Meinung zu hören. Der Entwurf will, daß für eine reichsgesetzliche Regelung des Apothekenwesens allein die unübertragbare Personalkonzession die Grundlage abgeben könne. Neben der Durchführung dieses Prinzips sucht der Entwurf auch die gewerbliche Seite des Apothekenwesens einheitlich zu regeln, insbesondere schafft er die Grundlage für den reichsrechtlichen Erlaß einer Reihe von Ausführungsvorschriften. Der wichtigste Abschnitt des neuen Gesetzes bleibt aber der erste, der sich mit der Betriebserlaubnis beschäftigt. Hier wird im § 1 der Grundsatz festgelegt, daß, wer eine Apotheke betreiben will, dazu außer der in der Gewerbeordnung vorgeschriebenen Approbation der Erlaubnis bedarf. Vor Erteilung der Erlaubnis zum Betriebe einer Apotheke erläßt die zuständige Behörde eine Ausschreibung. Unter mehreren Bewerbern wird die Konzession im allgemeinen demjenigen erteilt, der nach erlangter Approbation länger als alle übrigen Bewerber im Inlande als Apotheker tätig gewesen ist. Nach dem Tode des Berechtigten darf eine zeitweilige Fortführung des Apothekerbetriebes durch einen approbierten Apotheker stattfinden, wenn eine Witwe, minderjährige Kinder oder sonstige Erben vorhanden sind, deren Bedürftigkeit festgestellt ist.

Ein liberaler Einigungs-Bierabend in Berlin.

Die Vorsitzenden des Jungliberalen Vereins (Nationalliberale Jugend) Berlin, Rechtsanwalt Dr. Marwitz und Regierungsrat Dr. Poensgen, hatten zum Montag abend die Mitglieder sämtlicher liberalen Reichstagsfraktionen zu einem Bierabend eingeladen. Es waren erschienen von der nationalliberalen Partei die Abgeordneten Beck, Detto, Fuhrmann, Dr. Heinze, Dr. Junck, Merkel, Dr. Stresemann, Trautmann, Dr. Weber, Wehl, Wetzel, Wilde, Wölzl, von der Freisinnigen Volkspartei die Abgeordneten Ahlhorn, Goller, Hormann, Manz, Pfundtner und Schmidt-Halle, von der Freisinnigen Vereinigung die Abgeordneten Dr. Delbrück, Dove, Dr. Heckscher, Hoffmeister und Dr. Neumann-Hofer, von der deutschen Volkspartei die Abgeordneten Schweickhardt, Storz und Wieland.

Dr. Poensgen begrüßte die Gäste und wies darauf hin, daß diese gemütliche Zusammenkunft der die weitesten Kreise des Bürgertums durchziehenden Stimmung Ausdruck geben solle, mit welcher Genugtuung der Liberalismus auf den gemeinsam geführten Wahlkampf zurückblicken könne. Seine Worte klangen aus in ein Hoch auf den deutschen Liberalismus und seine Vertreter im Reichstage. Die folgenden Ansprachen der Abgeordneten Hormann und Heckscher, die auf das Einigende im Liberalismus toasteten, weckten lebhaften Beifall, der sich noch steigerte, als der Leipziger Abgeordnete Dr. Junck auch vom Standpunkte seiner Parteifreunde aus seiner lebhaften Befriedigung Ausdruck gab, daß die Bestrebungen, das Einigende in den Vordergrund zu stellen, mehr und mehr an Boden gewönnen. In ähnlicher Richtung bewegten sich die humorvollen Ausführungen des Abgeordneten Manz. Dr. Pfundtner sprach auf die deutsche Jugend, der Abgeordnete Storz auf die Zukunft eines starken Liberalismus, der unserem Vaterlande so bitter not tue. Rechtsanwalt Dr. Marwitz dankte den Erschienenen und gab der Hoffnung Ausdruck, die liberalen Abgeordneten noch häufig zu zwangloser Zusammenkunft im Kreise der nationalliberalen Jugend vereinigt zu sehen.

Vom Textilarbeiter-Streik in München-Gladbach.

In der Textillohnbewegung — so wird aus München-Gladbach berichtet — sind gestern früh Einigungsverhandlungen eingeleitet worden. Die Einigungskommission soll zunächst gleichfalls Vorschläge ausarbeiten. Die Kommission ist gemischt und besteht aus Mitgliedern des Verbandes der Textilindustriellen und aus Vertretern der Arbeiter.

Zur Förderung der Baumwollkultur in den Kolonien.

Im Anschluß an die von uns neulich erwähnte Versammlung von Baumwollinteressenten im Reichsamt des Innern findet, zurzeit ein reger Meinungsaustausch unter den beteiligten Industriegruppen statt, um eine tatkräftige Beihilfe bei Gewinnung neuer Baumwollbezirksgebiete in den deutschen Kolonien auf die Dauer zu gewährleisten. Aus den Kreisen der Baumwollspinner und -weber sind bereits nahmhafte Fonds in sichere Aussicht gestellt. Es steht zu hoffen, daß die Teilnahme immer lebhafter werden wird und daß auch andere Zweige der Textilindustrie und der sonstigen Großindustrie den außerordentlichen Interessen Rechnung tragen werden, welche die ganze deutsche Volkswirtschaft an der Vermehrung unserer Bezugsgebiete für Baumwolle hat.

Aus unseren Kolonien.

Oberst v. Deimling meldet unter dem 19. d. M. aus Windhuk, daß sich nunmehr auch Simon Copper, der Kapitän der Franzmann-Hottentotten, der sich bisher in der für die Truppen schwer zugänglichen Kalahari abwartend verhielt, unterworfen hat. Am 3. März erschien vor seiner Werft bei Kowise am Kolk überraschend Major Pierer mit 1 Kompagnie, 1 Maschinengewehrzug, 1 Bastardabteilung und 30 Kamelreitern. Gegen die Zusage von Leben und Freiheit versprach der Kapitän, seinen ganzen Stamm zu sammeln und die Waffen bei Gochas abzugeben. Er entsandte sofort Boten an die in der Kalahari weit zerstreut sitzenden Stammesteile, die angeblich zusammen 100 Gewehre stark sind und trat selbst am 7. März den Abmarsch nach Gochas an.

Nach einem Telegramm des Gouvernements von Kamerun ist der Angestellte Voß der der Firma C. Woermann auf einer zum Zwecke der Anwerbung von Pflanzungsarbeitern unternommenen Reise am 11. März in der Nähe von Jaunde durch Eingeborene getötet worden. Das Gouvernement bezeichnet den Vorgang als unpolitisch und hebt hervor, daß die Bevölkerung sich ruhig verhält.

Aus dem Auslande.

Der Kirchenstreit in Frankreich.

In der Deputiertenkammer beantragte gestern der Abg. Jaurès die Ernennung einer 24-gliedrigen Kommission zur Prüfung der politischen Tragweite der Papiere des päpstlichen Nuntius Montagnini, sowie deren sofortige Veröffentlichung, um tendenziösen Veröffentlichungen vorzubeugen und die herausfordernde Haltung Roms klarzustellen. Der Minister des Aeußeren, Pichon, erinnerte daran, daß er am 20. Januar einem Advokaten die Auslieferung der Papiere Mon[illegible]agnini's verweigert, aber die Wahrneh[illegible]ung der Interessen des Heiligen Stu[illegible] durch eine fremde Botschaft angeregt habe. Die Regierung habe dann kein Bedenken gehabt, die aus der Zeit vor dem Abbruch der Beziehungen stammenden Papiere, ohne sie zu lesen, der österreichischen Botschaft auszuhändigen. Zur Ausweisung Montagninis sei die Regierung berechtigt gewesen. Der Minister schloß: Kein Fremder darf sich mit dem diplomatischen Privileg decken, um eine Verschwörung zu organisieren. (Tosender Beifall.) Clémenceau erklärte, man dürfe einen Komplotturheber nicht schonen, bloß weil er ein Geistlicher sein. Pichon betonte dann, das diplomatische Korps mißbillige das Vorgehen der Regierung nicht. Die Mächte hätten auf den Protest des Papstes nicht geantwortet. Die Kammer nahm schließlich mit 370 gegen 164 Stimmen den Antrag Jaurès an.

Eine rumänische Judenhetze

war, wie wir schon mitteilten, infolge einer unter den Bauern betriebenen, im wesentlichen judenfeindlichen Agitation während der letzten Zeit zu befürchten. Wie jetzt der Draht meldet, ist es nun tatsächlich zu judenfeindlichen Ausschreitungen gegen die Juden gekommen, die scharfes militärisches Einschreiten nötig machten und zu bedauerlichem Blutvergießen führten. Wie heute noch gemeldet wird, greifen die Unruhen, und zwar vorwiegend im ganzen nördlichen Teile des Moldaugebiets, immer mehr um sich. Etwa 3000 jüdische Flüchtlinge haben in den jenseits der Grenze gelegenen Nachbarorten Azkany und Suczawa Zuflucht gefunden. In den in der Nähe von Synoutz gelegenen Orten Rumäniens dauern die Unruhen fort. Etwa 2000 Aufrührer befinden sich auf dem Marsche gegen Mihaileni, wo stündlich Gewalttätigkeiten erwartet werden. Auch dort überschreiten jüdische Flüchtlinge, zumeist Frauen und Kinder, die Grenzen, um sich zu retten.

Aus Persien.

Die verwirrte Lage in Persien hält die englische Regierung in größter Spannung. In London sind Nachrichten aus Teheran eingelaufen, denen zufolge der Schah einen Staatsstreich gegen das Parlament plane. „Die Lage im Innern", so heißt es weiter, „wird immer unhaltbarer. Die Plünderungen nehmen überhand. Die Zollbeamten sind in den Ausstand getreten und weigern sich, unter einem Belgier Dienste zu tun." Schon beschäftigt man sich in den Londoner politischen Kreisen mit dem Gedanken einer Intervention, versichert jedoch, daß man sich zuvor mit Rußland verständigen werde, wenn ein Eingreifen notwendig werden sollte. Der bereits gemeldete Abmarsch wird unter dem Vorwand regulärer Mannschaftsablösungen durchgeführt.

Zur Einführung der neuen Eisenbahn-Tarifreform am 1. Mai 1907.

Die neue Eisenbahn-Tarifreform, die am 1. Mai d. J. im ganzen Reiche eingeführt werden soll, enthält so viel Neues für das reisende Publikum, daß dieses nicht oft und eindringlich genug darüber aufgeklärt werden kann, damit es schon vorher über die hauptsächlichsten Bestimmungen genau unterrichtet ist. Die Frage nach dem Nutzen und Werte des alten und des neuen Systems sei dabei nicht näher berührt. Im allgemeinen kann man sagen, daß man etwas teurer reisen wird, daß dafür aber der Tarif vereinfacht und vereinheitlicht wird. Für Süddeutschland bringt die Reform sogar eine Ersparnis

SLUB
Wir führen Wissen.